

6. »In or out?« Mehr Fragen als Antworten in der britischen Europapolitik

GEORG WEINMANN

Die EU-Politik Großbritanniens wird derzeit besonders stark von integrationskritischen Strömungen beeinflusst. Die Staatsschuldenkrise in Europa hat auf der Insel dazu beigetragen, Ressentiments zu verstärken und die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union in Zweifel zu ziehen. Dabei sieht sich der konservative Premierminister David Cameron vor zahlreiche Herausforderungen gestellt: Er darf zum einen den EU-skeptischen Flügel seiner Parlamentsfraktion nicht zu einer Gefahr für die eigene Machtbasis werden lassen. Andererseits muss er versuchen, den Erwartungen des liberalen Koalitionspartners gerecht zu werden. Darüber hinaus gilt es, die Conservative Party in der nationalen Politik so zu positionieren, dass sie sich im Parteienwettbewerb behaupten kann. Vor diesem Hintergrund zeigt die taktisch-pragmatische Haltung des Regierungschefs, dass die britische Innenpolitik zu einem großen Teil das aktuelle Profil des Landes in der Europäischen Union bestimmt. Ein zentrales Element ist dabei die Debatte über eine Zukunft Großbritanniens außerhalb der EU. Diese Kontroverse steht für das grundlegende Nachdenken über den künftigen Kurs der Insel in Europa und in der Welt.



Abb. 1. Der britische Premierminister David Cameron hielt am 23.1.2013 eine »Rede zu Europa«, in der er für 2017 eine Volksabstimmung im Vereinigten Königreich zum weiteren Verbleib in der EU ankündigte, falls die Konservativen die nächsten Unterhauswahlen 2015 gewinnen sollten. Er selbst wolle sich für eine Reform der EU einsetzen. © Stefan Rousseau, dpa, picture-alliance

56

■ Was ist das Beste für Großbritannien?

Als die Europäische Union im Dezember 2012 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, nahm für Großbritannien der Stellvertreter des Premierministers, Nick Clegg, an der Zeremonie in Oslo teil. Andere EU-Staaten hatten ihre Staatsoberhäupter oder Regierungschefs entsandt. London wollte mit dieser Protokollentscheidung einerseits der Anerkennung für die EU als Friedensfaktor Tribut zollen. Andererseits ließ Downing Street No 10 verlauten, die Auszeichnung gebühre in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern der EU und weniger ihren Institutionen. Diese werden in Großbritannien nicht selten als zu schwach legitimiert, bürgernfern, überfinanziert und ineffizient wahrgenommen. Die Deutung der Europäischen Union als kostspieliger bürokratischer Moloch, der immer mehr Befugnisse an sich reißen möchte, spielt für EU-Kritiker in der aktuellen Austrittsdiskussion eine große Rolle. Umfragen zeigen zwar, dass die meisten Briten »Europa« auf der politischen Tagesordnung eine untergeordnete Bedeutung beimessen. Dennoch äußern sich immer mehr Stimmen kritisch über den Nutzen, den die EU-Mitgliedschaft für Großbritannien mit sich bringe. Dabei wirkt die Finanz- und Staatsschuldenkrise wie ein Katalysator: Vielfach wird die Europäische Union eher als Teil von Problemen denn als Teil von Lösungen betrachtet.

Simon Usherhood von der Universität Surrey weist in einer Studie darauf hin, dass integrationskritische Strömungen in allen Segmenten der britischen Politik und Gesellschaft zu finden sind. Entsprechende Belege liefern programmatische Aussagen von Parteien, Stellungnahmen verschiedener Verbände, Beiträge in

Massenmedien oder die Meinungsumfragen der Demoskopien. Zwei Formen von Europakritik lassen sich dabei als Konfliktmuster erkennen: Zum einen kann die grundsätzliche Ausrichtung des europäischen Integrationsprozesses an der »Verwirklichung einer immer engeren Union« (Artikel 1 des Lissabon-Vertrags) Gegenstand von Kontroversen sein. Zum anderen gaben und geben konkrete Einigungsschritte wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) den Anstoß zu Debatten. Im Falle der WWU sollte beispielsweise die Einführung des Euros in Großbritannien durch weitere Sonderregelungen im europäischen Vertragswerk (»opt-outs«) verhindert werden.

Sowohl das integrationsfreundliche als auch das EU-skeptische Lager orientieren sich in ihrer Argumentation an bestimmten Vorstellungen über den besten Weg zur Wahrung nationaler Interessen. Die Formel »What is best for Britain?« zieht sich deshalb wie ein roter Faden durch die derzeitige Austrittsdiskussion. Als erster Anwalt seines Landes betrachtet sich Premierminister David Cameron. Sein ehrgeiziges Ziel ist es, durch einen innerparteilichen, nationalen und europäischen Interessenausgleich die Europäische Union zu reformieren und Großbritannien eine Perspektive in der EU zu verschaffen. Dieses Unterfangen ist nicht zuletzt deshalb mit vielen Unwägbarkeiten verbunden, weil die integrationskritische Stimmung inzwischen weite Teile Großbritanniens erfasst hat und Szenarien zur Zukunft des Landes außerhalb der Europäischen Union selten so intensiv diskutiert wurden wie in der aktuellen Auseinandersetzung.

■ »Better off without Europe«

Zu einem Zentrum der antieuropäischen Strömungen hat sich in den letzten Jahren (erneut) die Fraktion der Konservativen Partei im Unterhaus entwickelt. Kaum vorhersehbares Abstimmungsverhalten führte in der Vergangenheit deshalb mehrfach dazu, dass die Berechenbarkeit britischer Europapolitik durch instabile Mehrheitsverhältnisse eingeschränkt wurde. Dieser Zustand geht

auf eine bestimmte Taktik zahlreicher Fraktionsmitglieder zurück. Ihr Ziel ist es, durch Stimmenthaltungen oder Gegenstimmen Einfluss auf das EU-Profil der konservativ-liberalen Koalition zu nehmen. So verbuchten Europagegner einen beachtlichen Erfolg, als sich Großbritannien Ende 2012 als einziges EU-Mitglied weigerte, Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in das europäische Vertragswerk aufzunehmen. Für die »Sceptics« war dieses Ergebnis kein Zeichen von Isolation, sondern eine Manifestation eigener Stärke: David Cameron sei in der Lage, britische Interessen selbstbewusst gegen die Erwartungshaltung anderer EU-Staaten zu verteidigen. Ähnliches lässt sich auch für die Verhandlungen zum mittelfristigen Finanzrahmen der EU (2014 bis 2020) feststellen. Die britische Verhandlungsstrategie war stark von den Vorgaben geprägt, die integrationskritische Abgeordnete dem Premierminister mit auf den Weg gaben. Die Tatsache, dass sich auch andere Mitgliedstaaten für eine Kürzung des EU-Budgets aussprachen, stärkte in dieser Gruppe die Auffassung, den richtigen Kurs zu verfolgen. Für die EU-Gegner war die erstmalige Kappung des Haushalts ein längst fälliger Schritt auf dem Weg Großbritanniens aus der EU. Herbe Kritik von Seiten der Integrations skeptiker zog sich der Premierminister allerdings durch die Entscheidung zu, die Ausrichtung der britischen Europapolitik mit keinem Wort in der Thronrede für die Queen Mitte Mai 2013 verankert zu haben. Dies erschien zahlreichen konservativen »Members of Parliament« umso bemerkenswerter, als sie den Regierungschef vor geraumer Zeit zur Festlegung eines Fahrplans für das EU-Referendum im Jahr 2017 gedrängt hatten. Auf Betreiben des EU-freundlichen liberalen Koalitionspartners entschloss sich der Regierungschef jedoch dazu, das Problemthema auszuklammern. Um die Wogen zu glätten, kam er den Rebellen mit dem Angebot entgegen, eine weitere gesetzliche Grundlage für das Referendum zu schaffen. Dieser Befriedungsversuch wurde allerdings durch zwei Kabinettsmitglieder unterlaufen: Verteidigungsminister Philip Hammond und Bildungsminister Michael Gove bekannten vor Journalisten, dass sie gut ohne eine EU-Mitgliedschaft Großbritanniens leben könnten. Diese Konflikte zeigen, dass die EU-Gegner einflussreiche Fürsprecher im Zentrum der Macht haben. Darüber hinaus wird deutlich, dass ein zerbrechlicher Koalitionsfrieden, illoyale Minister mit Aufstiegsambitionen und die schwache Fraktionsdisziplin für David Cameron mit großen Risiken verbunden sind. Sie haben seine Vertrauensbasis in Parlament, Partei und Öffentlichkeit wiederholt negativ beeinflusst. Wesentlich gestärkt wird das anti-europäische Lager derzeit durch den Aufstieg der United Kingdom Independence Party (UKIP). Bei den letzten Kommunalwahlen konnte sie mit ihrer populistischen Programmatik und der Forderung nach einem EU-Austritt Großbritanniens ein Viertel aller Sitze für sich verbuchen – vor allem auf Kosten der Konservativen Partei. Lange Zeit als vorübergehende Erscheinung belächelt, hat sich die UKIP unter ihrem Vorsitzenden Nigel Farage v. a. für die Conservative Party zu einem ernsthaften Konkurrenten entwickelt. Die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 werden deshalb auch als Testlauf für das künftige Gewicht des bisherigen Außenseiters im britischen Machtgefüge betrachtet. So haben finanzstarke Sponsoren wie der konservative Abgeordnete Lord Kalms ihren Wechsel zur UKIP für den Fall angekündigt, dass sich die britische Europapolitik – ihrer Wahrnehmung nach – zu sehr an den Belangen anderer EU-Staaten orientiere. In der Austrittsallianz spielen aber auch Massenmedien eine große Rolle. Sie bieten den Akteuren wichtige Plattformen zur Selbstdarstellung und sind sich ihrer meinungsbildenden Breiten-



Abb. 2 »In or out?«

© Gerhard Mester, 20.1.2013

wirkung sehr wohl bewusst. In der Vergangenheit hat insbesondere der australische Medienmogul Rupert Murdoch integrationsfeindliche Positionen bezogen. Zeitungen wie die »Daily Mail« sind darüber hinaus wichtige Verbündete von Lobby-Gruppen wie der »Campaign Against Euro-Federalism«, »Campaign for an Independent Britain«, »Open Europe«, »Vote UK out of EU« oder »The Freedom Association«. Allerdings sind in diesem Lager zum Teil erhebliche Unterschiede in den programmatischen Grundlagen des EU-Skeptizismus zu erkennen. Inhaltliche Schnittmengen lassen sich deshalb in manchen Fällen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des EU-Austritts reduzieren, sodass Kooperationen oft von einer kurzen Halbwertszeit gekennzeichnet sind.

■ »Britain in (a reformed) Europe«

Obwohl das EU-feindliche Lager in der Parlamentsfraktion der Konservativen Partei durch einen Generationenwechsel deutlich gestärkt wurde, gibt es dort auch Kräfte, die sich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU einsetzen. Sie sehen in der Isolation des Landes, die mit dem Abschied aus der Europäischen Union verbunden sein könnte, eine wirtschaftliche und politische Schwächung. Auch die Einbindung in internationale Organisationen wie die UNO oder die NATO könne einen derartigen Schritt nicht kompensieren. Vielmehr sei es wichtig, als EU-Mitglied aktiv an der Reform des europäischen Einigungsgefüges mitzuwirken und die Europäische Union nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Erfahrung der Vergangenheit habe gezeigt, dass die Opt-out-Politik Großbritanniens die Berücksichtigung nationaler Interessen in ausreichendem Maße gewährleisten könne und ein Rückzug mit der leichtfertigen Aufgabe wichtiger Einflussphären verbunden wäre.

Neben inhaltlichen Differenzen heben sich Angehörige dieses Lagers im Vergleich zu ihren integrationskritischen Gegenspielern insbesondere durch eine ausgeprägte Dialogbereitschaft auf europäischer und zwischenstaatlicher Ebene ab. Offene Kommunikationskanäle sollen dem Meinungsaustausch dienen und im Falle verhärteter Fronten das Ausloten von Kompromissen ermöglichen. So hat die Parlamentariergruppe »Fresh Start« im Zuge des britischen Vetos zum Fiskalpaket die Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen anderer Parlamente intensiviert, um Reformvorstellungen auszutauschen und zu bündeln. Derzeit lässt sich allerdings nicht sicher sagen, ob der Einfluss dieser gemäßigt-pragmatischen Strömung über genug Dynamik verfügt, um die integrationspolitischen Machtverhältnisse in Großbritannien neu auszurichten. Netzwerke wie »Fresh Start« sind jedoch ein



Abb. 3 »Kurs Cameron«

© Burkhard Mohr, 20.5.2013

deutlicher Hinweis darauf, dass die europapolitische Debatte auf der Insel in den letzten Jahren neue Impulse erhalten hat.

Einen EU-Austritt Großbritanniens lehnen auch prominente Konservative ab, die in der Vergangenheit hohe politische Ämter bekleidet haben. Interventionen dieser Art verdeutlichen den Mobilisierungseffekt der Austrittsdebatte. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die Einlassung des ehemaligen Außenministers und stellvertretenden Premierministers Sir Geoffrey Howe in einem Beitrag für den »Observer« vom 19. Mai 2013. Der »elder statesman« warnt davor, weiterhin – aus seiner Sicht – orientierungslos Europapolitik zu betreiben und die Vorzüge einer EU-Mitgliedschaft gering zu achten. Gerade mit Blick auf das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sei Großbritannien ein wichtiger Makler. Sowohl politisch als auch ökonomisch könne es als EU-Mitglied von der engeren Verzahnung zweier Mega-Märkte profitieren. Auch die Pflege bestehender und die Schaffung neuer Allianzen gehören nach seiner Meinung zu den ureigensten Interessen des Landes.

Diese Sichtweise findet auch Unterstützung in der Liberalen Partei, die momentan als Juniorpartner der Regierung Cameron fungiert. Die »Liberals« sind traditionell integrationsfreundlich ausgerichtet und unternahmen bislang mehrere – meist erfolglose – Versuche, europapolitische Akzente zu setzen. Das angestrebte Referendum zur Fortsetzung der britischen EU-Mitgliedschaft stellte für sie lange Zeit eine falsche Politikoption dar. Aus ihrer Sicht ist das Bekenntnis Großbritanniens zur EU alternativlos und kann deswegen nicht Gegenstand einer Volksabstimmung werden. Dieser Schritt sei vielmehr ein taktisches Manöver des Premierministers, um seine Position in der eigenen Partei zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es einleuchtend, dass die gegensätzlichen integrationspolitischen Auffassungen in der britischen Regierung gelegentlich zu ernsthaften Belastungsproben für den Koalitionsfrieden führen: Mehrfach hat Nick Clegg dem Premierminister vorgeworfen, eigenmächtig vorzugehen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Unlängst haben sich die »Liberals« jedoch für die Durchführung eines Referendums ausgesprochen. Sie wollen dadurch dem Vorwurf entgegen, die britische Bevölkerung von einer wichtigen politischen Entscheidung auszuschließen.

Viele liberale »Members of Parliament« fühlen sich in ihrer europapolitischen Haltung nicht nur durch konservative Abgeordnete und zahlreiche Interessengruppen wie den Wirtschaftsdachverband »Conferation of British Industry« (CBI) oder die Initiative »Business for New Europe« bestätigt. Auch der wichtigste

Verbündete Großbritanniens, die USA, haben sich in der Person des US-Präsidenten im Mai 2013 ungewöhnlich deutlich für einen Verbleib des Landes in der EU ausgesprochen. Der transatlantische Partner ist sehr am Fortbestand dieses Einflusskanals in Europa interessiert. Die Vereinigten Staaten sind somit Teil der EU-freundlichen Allianz, zu der auch Organisationen wie »Network Europe« gehören. In ihrem Namen setzen sich u. a. prominente Labour-Politiker wie Peter Mandelson oder Tony Blair dafür ein, die Früchte einer über 40-jährigen EU-Mitgliedschaft nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Im Hinblick auf ein Referendum verstehen sich diese Lobbygruppen auch als Entscheidungshilfe für die britische Bevölkerung. Sie stellen in erster Linie die negativen Folgen eines EU-Austritts in den Mittelpunkt und steuern Antworten zu der Frage bei, welche Rolle Großbritannien in der Welt des 21. Jahrhunderts spielen sollte. Diese Perspektive legt großen Wert auf die internationale Dimension der britischen EU-Mitgliedschaft und befasst sich weniger mit parteiinternen Konflikten oder dem taktischen Vorgehen von Koalitionspartnern.

■ Britische Europapolitik: zwischen allen Stühlen?

Die beschriebenen Rahmenbedingungen in der europapolitischen Debatte Großbritanniens bilden ein Kräftefeld, das die Spielräume des Premierministers und seiner Regierung erheblich beeinflusst. In der aktuellen Austrittskontroverse ist es David Cameron noch nicht gelungen, die Meinungsführerschaft zu übernehmen: Er sieht sich mit Zielkonflikten auf verschiedenen Ebenen konfrontiert. Beobachter deuten deshalb seine Reaktionen auf Widerstand nicht selten als Schwäche und den Verlust politischer Kontrolle. Aus ihrer Sicht zeigen beispielsweise das britische Veto zum Fiskalpakt und der Fahrplan für ein Referendum, wie sehr der Premierminister durch die Forderungen aus dem Lager der »Sceptics« in eine bestimmte Richtung gedrängt wird. Die oppositionelle Labour Party sieht in der EU-Politik der Koalition eine Schwachstelle und nutzt das uneinheitliche Erscheinungsbild zur programmatischen und personellen Selbstdarstellung.

Der Premierminister versucht derartiger Kritik entgegenzuwirken, indem er auf die erfolgreiche Durchsetzung britischer Interessen in Europa verweist. So regte London unlängst an, Maßnahmen zur Eindämmung der Armutsmigration aus Rumänien und Bulgarien in die Wege zu leiten und EU-weit zu koordinieren. Als Prestigegewinn kann David Cameron des Weiteren den Besuch bei der deutschen Bundeskanzlerin im April 2013 verbuchen. Auf Schloss Meeseburg wurden im halbprivaten Rahmen Fragen der europäischen Integration und der Weltpolitik erörtert. Angela Merkel machte bei diesem Anlass deutlich, dass sie der Insel eine wichtige Rolle bei der künftigen Gestaltung der EU beimisst. Für David Cameron bedeutet dieses Bekenntnis auch eine Bestätigung des britischen Selbstverständnisses in der Europäischen Union: Das Land sieht sich bei der Thematisierung von integrationspolitischen Problemen nicht selten als Pionier, der sich auch im Namen anderer Staaten ein bestimmtes Anliegen zu eigen macht. Vor allem kleinere EU-Mitglieder sehen in Großbritannien ein Sprachrohr für eigene Interessen und einen wichtigen strategischen Partner bei der Umsetzung eigener Ziele. Entsprechende Allianzen sollen aus Sicht der Regierung Cameron die Profilierung Großbritanniens in der EU vorantreiben und der Bevölkerung den Eindruck vermitteln, die Vertretung nationaler Anliegen in Europa sei bei der konservativen Führung in guten Händen. Diese »indirekte Kommunikation« mit der potenziellen Wählerschaft zeigt die momentane Bedeutung europapolitischer Themen für die britische Innenpolitik. Darüber hinaus legt sie Tiefenstrukturen der

britischen Machtmechanik frei. Übertragen auf die Austrittsdebatte wird dieser Umstand an folgenden Punkten besonders deutlich:

- 1.) Der Einfluss europäischer Institutionen auf Großbritannien wird zur Zeit in einer sehr breit angelegten Untersuchung erfasst und bewertet (Bestandsaufnahme zum Europäisierungsgrad).
- 2.) Nach der Auswertung dieser Studie ist geplant, Kompetenzen »aus Brüssel« wieder nach Großbritannien zurückzuverlagern (Renationalisierung).
- 3.) Die Entscheidung über den weiteren Verbleib Großbritanniens in der EU soll auch in die Hände der Bevölkerung gelegt werden, obgleich das Parlament das letzte Wort haben würde (konsultatives Referendum).
- 4.) Diesem Schritt vorgeschaltet ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs, in dem Regierung schon heute versucht, ihre Vorstellungen von einer tragenden Rolle Großbritanniens in einer reformierten EU mehrheitsfähig zu machen (Majorisierung durch Mobilisierung).

Diese Maßnahmen sollen aus Sicht David Camerons integrationspolitischen Druck kanalisieren und gleichzeitig die Legitimation für das eigene Vorgehen erhöhen.

■ Offene Fragen

Die lebhafteste Debatte um die Frage »In or out of Europe?« wird auf absehbare Zeit nichts von ihrer Aktualität und Kontroversität einbüßen: Der politische Kalender Großbritanniens hält für die nächsten Jahre Termine bereit, die auch die Auseinandersetzung mit dem Thema »EU« prägen werden. So gelten die Wahlen zum Europäischen Parlament Mitte 2014 bereits heute als wichtiges Stimmungsbarometer und als Popularitätsindikator für die Koalitionsregierung. Ob sich die Parteien in der Austrittsfrage als Einheit präsentieren können, ist v. a. im Hinblick auf die Conservative Party fraglich. Das große Gewicht der »membership question« könnte jedoch dafür sorgen, dass in diesem Wahlkampf ein genuin integrationspolitisches Thema vorübergehend in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rückt. Dabei ist die paradoxe Situation entstanden, dass ausgerechnet im politischen Wettbewerb um die Besetzung einer EU-Institution Austrittsszenarien an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf den Aufstieg der UKIP zurückzuführen. Sie konnte bislang ihre Präsenz im Europäischen Parlament stetig auszubauen, sodass einige Beobachter weitere Stimmengewinne für wahrscheinlich halten. Noch haben die etablierten Parteien auf diese ernst zu nehmende politische Herausforderung keine wirksamen Antworten gefunden. Die UKIP wird die Austrittsdebatte aller Voraussicht nach weiterhin polarisieren und vor allem der Konservativen Partei zusätzliche Profilierungszwänge auferlegen.

Ein weiterer Fixpunkt für die »Exit«-Kontroverse ist das Referendum zur Unabhängigkeit Schottlands am 18.9.2014. Sollten sich die Schotten für eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich entscheiden, muss geklärt werden, ob diese souveräne Einheit eine EU-Mitgliedschaft neu beantragen muss und die formale Aufnahme-prozedur zu durchlaufen hat. Sollte Schottland allerdings weiterhin Teil des »United Kingdom« bleiben und 2017 der EU-Austritt Großbritanniens beschlossen werden, ist derzeit noch offen, welcher Status der integrationsfreundlichen Region in Europa dann zukommen soll. Antworten auf diese Frage hängen nicht zuletzt vom Ausgang der Parlamentswahlen 2015 ab. Erst nach einem Wahlsieg der Konservativen Partei würde die Volksbefra-



Abb. 4 David Cameron im Gespräch mit dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama am 13. Mai 2013. Obama sprach sich nachdrücklich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU aus. Cameron betonte, dass das Votum der beiden mitgereisten Kabinettsmitglieder für einen Austritt Großbritanniens aus der EU nur »hypothetisch« sei, falls es tatsächlich bei der geplanten Volksabstimmung im Jahre 2017 zu einem Austrittsvotum komme sollte. © dpa, picture alliance

gung zur EU-Mitgliedschaft Großbritanniens in greifbare Nähe rücken. Bislang steht die genaue Fragestellung, über die die Briten dann zu entscheiden hätten, noch nicht fest. Der Wortlaut müsste berücksichtigen, dass die Konturen der Europäischen Union des Jahres 2017 aus heutiger Sicht noch recht unscharf sind. Bis dahin lautet die Kernfrage aus der Perspektive Großbritanniens: Gelingt es einem wiedergewählten Premierminister David Cameron, im Vorfeld des Referendums das europäische Vertragswerk nach seinen Vorstellungen zu formen und sich dafür die Zustimmung von nunmehr 27 Partnerländern zu sichern?

Literaturhinweise

Bendel, Petra (2013): Wie viel Europa, wessen Europa, welches Europa? Plädoyer für ein Europa der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, in: Klaus Brummer/Heinrich Pehle (Hrsg.): Analysen nationaler und supranationaler Politik. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto, S. 397–405.

Grosse-Hüttmann, Martin/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (2013): Das Europa-Lexikon. Begriffe, Namen, Institutionen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Verlag Dietz Nachf., Bonn.

House of Commons (2013): Leaving the EU. Research Paper 13/42. House of Commons Library, London.

Oliver, Tim (2013): Europe without Britain. Assessing the Impact on the European Union of a British Withdrawal. SWP Research Paper, Berlin.

Sandschneider, Eberhard (2011): Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen. Carl Hanser München (Lizenzabgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band Nr. 1166).

Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs (2012): Review of the Balance of Competences between the United Kingdom and the European Union. The Foreign & Commonwealth Office, London.

Usherwood, Simon (2013): The Shifting Focus of Opposition to the European Union, in: Journal of Contemporary European Research 9, Nr. 2, S. 279–296.

Weinmann, Georg (2013): »A Referendum on Europe may be necessary«. Britische Europapolitik im Spannungsfeld von Parlamentssoveränität und direkter Demokratie, in: Klaus Brummer/Heinrich Pehle (Hrsg.): Analysen nationaler und supranationaler Politik. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto, S. 229–242.

Materialien

M 1 Die ZEIT: Europapolitik als Partei- und Innenpolitik in GB

Als sich David Cameron im Oktober 2006 als frisch gewählter Parteichef der britischen Konservativen vorstellte, gab er sich als ein Mann des Wandels. Er redete von Werten, Prinzipien und Vernunft, er redete von seiner Liebe für seine Partei. Die Fehler der Vergangenheit wollte er vermeiden. Vor allem eines sollte nicht wieder passieren: Die Tories sollten sich nicht über Europa zerstreuen. Sie sollten aufhören, dauernd auf dem Thema »herumzureiten«. Geschehen ist genau das Gegenteil. Camerons Partei zerfleischt sich (...) wegen Europa, genauer: wegen der Frage, wie und warum der Premier endlich eine Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der EU abhalten soll. Das Schicksal des Premierministers steht auf dem Spiel – und die politische Zurechnungsfähigkeit seiner Partei, der stärksten politischen Kraft Großbritanniens. Provoziert hat den Streit Cameron selbst. Im Januar [2013] stellte er in einer Grundsatzzrede seinen Landsleuten ein EU-Referendum in Aussicht. Ganz freiwillig tat er das nicht. Im Zuge der Euro-Krise waren die Briten plötzlich unter Druck geraten. Die Kontinentaleuropäer hatten die Fiskalunion beschlossen – Großbritannien machte als einziges Land nicht mit. Cameron stand isoliert da. Das verlangte nach Erklärung und einem Befreiungsschlag. Der britische Premier zeichnete in seiner Rede eine ziemlich klare Idee von Europa: Die Union solle wie ein Netzwerk funktionieren. Jedes Mitgliedsland solle sich so weit integrieren, wie es möchte. Diese Idee von Europa, über die sich diskutieren ließe, wurde schnell von der Frage überlagert, ob denn Großbritannien nun aus der EU austreten solle oder nicht. Die Referendumsdebatte begrub Camerons europäische Visionen unter sich. Als bei den Kommunalwahlen Anfang Mai [2013] die rechtspopulistische UK Independence Party (UKIP) fast ein Viertel der Stimmen holte, brach der Sturm erst richtig los. (...) Ihr Erfolg hat viele Briten überrascht, weil die Briten in Umfragen immer wieder angeben, dass ihnen das Thema EU nicht besonders wichtig ist. Tatsächlich ging es den meisten UKIP-Wählern darum, die Einwanderung zu begrenzen und die etablierten Parteien abzustrafen. Dennoch hat der Erfolg der UKIP den europaskeptischen Flügel der Tories in Kampfmodus versetzt. Angegriffen wird dabei allerdings nicht nur die EU – sondern auch der eigene Parteichef. Cameron scheint die Kontrolle über die eigene Partei zu verlieren. Ein ehemaliger und zwei amtierende konservative Minister erklärten, dass sie bei einem Referendum über die Mitgliedschaft in der EU für einen Austritt stimmen würden. Im Unterhaus votierten mehr als 100 Abgeordnete für eine Änderung der Thronrede der Königin, weil darin das Wort »Referendum« nicht vorkam. (Thronreden werden vom Premierminister geschrieben). Ein konservativer Abgeordneter brachte den Gesetzentwurf ein, um das von Cameron versprochene Referendum gesetzlich festzuschreiben. Es soll 2017 stattfinden. (...) Der Premier selbst hat ein pragmatisches Verhältnis zur EU. Er glaubt, dass die Vorteile überwiegen. Trotzdem hat er dem Austritt den Weg bereitet, seit er an der Macht ist. Nach seiner Amtsübernahme hat er seine Partei aus dem europäischen Verbund der konservativen Parteien geführt; dann kam das Nein zur Fiskalunion und das Versprechen auf ein Referendum. Jeder dieser Schritte war als Beruhigungsmittel für seine Partei gedacht. Doch je länger die Euro-Krise andauert, desto hysterischer werden die Tories. (...) David Cameron fällt es schwer, seine Partei zu kontrollieren. Am Ende könnte es dahin kommen, dass er sein Land aus der EU führt – nicht weil er es will, sondern weil er von anderen getrieben wird,

© Khuê Pham: Der Chef der Spinner, in: Die Zeit vom 23.5.2013, S. 5



M 2 Der Vorsitzende der »UK-Independence Party« (UKIP) und Europaabgeordnete Nigel Farage reagiert erheitert auf die Rede des finnischen EU-Kommissars Olli Rehn zur beabsichtigten Kontrolle der nationalen Budgets durch die EU am 13.3.2013 in Straßburg. Die UKIP stellt derzeit 13 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

© Lucas Schifres, picture alliance

M 3 FAZ: Was verbirgt sich hinter der »UKIP«?

Seinen Anfang nahm das Ukip-Projekt vor gut zwanzig Jahren, mit dem Vertrag von Maastricht, der Großbritannien zum Mitglied einer »Europäischen Union« machte. In der neuen Protestbewegung sammelten sich viele, vor allem enttäuschte Konservative, denen die Integration zu weit ging. Jahrelang fristeten die Rebellen ein Leben am politischen Rand, als unbeachtete Ein-Punkt-Partei. Dann gelang ihnen im Jahr 2009 – unter ihrem neuen Führer [Nigel] Farage – ein beachtlicher Erfolg bei den Europawahlen: Zwölf Abgeordnete durfte Ukip nach Brüssel schicken, angeführt von Farage persönlich, der seither den Tiger in der Höhle des Löwen gibt. Die folgenden Wahlen zum Unterhaus endeten enttäuschend – Ukip erreichte nur drei Prozent –, aber bald lenkte den Populisten die anhaltende Wirtschaftskrise Wasser auf ihre Mühlen. Vielen Briten gilt die EU heute nicht nur als Ursache der Rezession, sondern als Quelle kommenden Ungemachs: des Zustroms aus den neuen Mitgliedsländern Rumänien und Bulgarien. (...) Verbindung stiftet, unter Funktionären wie im Fußvolk, ein Ressentiment – gegenüber den »Brüsseler Bürokraten«, aber auch gegen »die in London«. Manche können gar nicht erläutern, was sie so aufregt und wiederholen nur immer wieder, dass sie »betrogen« und »belogen« würden. Andere haben sehr eigene Wege zu Ukip gefunden: der Soldat, der in Ukip die einzige Partei fand, die gegen Kürzungen im Wehretat eintritt; die Rentnerin aus Eastleigh, der vor Jahren ein Flugblatt die Augen für den »EU-Fischerei-Wahnsinn« geöffnet hat; der Golfplatzbetreiber aus London, den die EU-Arbeitszeitrichtlinie umtreibt, weil sie Kleinunternehmen zerstöre; nicht zuletzt die schwarze Doktorandin aus Cheddar, die sagt, dass sie zu Hause in Kenia auch protestieren würde, wenn zu viele französischsprachige Flüchtlinge ins Land kämen. Farage, inzwischen Stammgast im politischen Fernsehen und Gegenstand respektvoller Magazin-Geschichten, glaubt, dass er den Zeitgeist auf seiner Seite hat. Aufmerksam wurde wahrgenommen, dass sich der politisch einflussreiche Medienunternehmer Rupert Murdoch neulich mit ihm zum Essen traf. Natürlich sei das Gespräch streng vertraulich, sagt Farage, aber soviel möchte er doch verraten: »Die Konservativen verlieren in allen gesellschaftlichen Bereichen an Unterstützung.«

© Jochen Buchsteiner: Camerons patriotische Jäger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.2013, S. 5

M 4 SZ-Interview mit dem britischen Premierminister David Cameron, 8.4.2013

Süddeutsche Zeitung (SZ): Herr Premierminister, wären Sie nach einem Referendum auch bereit, die EU zu verlassen?

David Cameron (DC): Das möchte ich nicht. Ich möchte eine Reform der Europäischen Union erreichen. Darum geht es. Diese Organisation ist reif dafür. Wir stehen im globalen Wettrennen mit den Indiens, Chinas, Indonesiens und Malaysias dieser Welt. Wir brauchen ein Europa, das offener, wettbewerbsfähiger, flexibler ist, das mehr über die Kosten nachdenkt, die es seiner Wirtschaft aufbürdet, vor allem den kleinen Betrieben. Wir wollen ein Europa, das aufwacht und diese moderne Welt aus Wettbewerb und Flexibilität erkennt.

SZ: Europa wandelt sich doch ständig.

DC: Wir haben erfolgreich mit einigen Reformen begonnen. Zum ersten Mal nimmt die Europäische Kommission Vorlagen zurück, sie betreibt Deregulierung und will Unternehmen von Kosten befreien. Zum ersten Mal sinkt das Budget und steigt nicht. Wir alle müssen weniger Geld ausgeben, und Europa sollte dabei nicht immun sein.

SZ: In Ihrer Reformrede ging es Ihnen vor allem um den gemeinsamen Markt.

DC: Das ist keine faire Wiedergabe. Der Binnenmarkt ist für Großbritannien der wichtigste Teil Europas. Wir sind eine Handelsnation, der europäische Kontinent ist unser wichtigster Markt. Also lassen Sie ihn uns vollenden – bei Energie, Digitales und Dienstleistungen. Aber Großbritannien tut mehr. Wer führt die Politik gegen ein effektives Öl-Embargo gegen den Iran an? Großbritannien und seine Alliierten. Wer führt bei der Unterstützung der syrischen Opposition und bei der Isolation Assads? Großbritannien. Wir sind eine wichtige europäische Macht. Aber wir glauben, dass sich die Europäische Union manchmal übernehmen hat mit Direktiven und Einmischungen. Das muss sich ändern.

SZ: Selbst wenn Sie mit Herz und Seele in der Union bleiben wollen – Sie vergessen, dass Herz und Seele der Mehrheit Ihrer Partei die EU verlassen wollen.

DC: Nein, das vergesse ich nicht. Aber so denke ich auch nicht. Die beste Lösung für unser Land wäre eine Mitgliedschaft in einer reformierten EU. Dabei müssen wir anerkennen, dass die Zustimmung für die britische Mitgliedschaft hauchdünn ist. Wenn Politiker ihren Job richtig machen wollen, dann sollten sie das anerkennen, statt es unter den Teppich zu kehren. Jahr für Jahr haben Parteien und Regierungen ein Referendum versprochen, es aber nicht abgehalten. Das hat der Zustimmung geschadet. Wenn Sie ein Problem haben, müssen Sie sich damit auseinandersetzen. (...)

SZ: In einer groß angelegten Revision wollten Sie die Kompetenzverteilung in der EU überprüfen. Kaum ein anderes Land prüft mit. Wird das nun eine Übung für die Briten alleine?

DC: Wir haben angekündigt, dass wir das für Großbritannien tun werden. Jeder ist willkommen, der mitmachen möchte. Wenn Sie viele Jahre lang Mitglied in einer Organisation sind, ist es doch nur vernünftig, dass Sie überprüfen, was gut und was weniger gut funktioniert.

SZ: Selbst wenn Sie die Verträge nur begrenzt ändern wollen – das weckt doch jede Menge Begehrlichkeiten bei anderen Staaten.

DC: Als ich vor drei Jahren Premierminister wurde, sagte mir jemand, ich müsse keine Sorge vor Vertragsänderungen haben. Die werde es nicht geben. Bis heute hatten wir drei Vertragsänderungen. Zwei hat Großbritannien umgesetzt.

SZ: ... also wollen Sie an das Herzstück, den Lissabon-Vertrag?

DC: Wenn Sie Verträge ändern, werden alle Verträge geöffnet. Ich bin absolut überzeugt davon, dass es zu einem bestimmten Zeitpunkt nötig sein wird, die Verträge zu öffnen, auch um die Prob-



M 5 »Cameron befragt das Volk

© Gerhard Mester, 26.1.2013

leme der Euro-Zone zu lösen. Wenn sich die Eurozone für Vertragsänderungen einsetzt, ist es nur legitim, dass Länder außerhalb der Euro-Zone ebenfalls Vertragsänderungen bekommen. (...)

SZ: Welche drei Komponenten sollten zurück in die Obhut der Nationen?

DC: Ich möchte keine Einkaufsliste nennen. Wir sollten überall diskutieren, wie Europa flexibler gemacht, wie Zuständigkeiten hin nach Europa, aber auch weg von Europa wandern können. Es ist viel wichtiger, dass wir uns über diese Prinzipien verständigen.

SZ: Sind Sie besorgt, dass Sie in die Geschichte eingehen könnten als Premier, der Großbritannien aus der EU geführt hat?

DC: Um die Geschichtsschreibung müssen sich andere Leute kümmern. Für mich ist es das Wichtigste, den Briten zu ihrem Recht zu verhelfen: Sie sollen darüber abstimmen können, ob sie Teil einer reformierten EU bleiben wollen.

SZ: In Ihrer Rede waren Sie ja geradezu optimistisch über Europa ...

DC: ... oh ja, das ist eine sehr positive Rede ...

SZ: ...stellt sich die Frage, was eigentlich so viele Jahre lang schief lief, dass sich die britische Wahrnehmung von Europa so sehr unterscheidet vom Bild auf dem Kontinent.

DC: Ich wäre mir da nicht so sicher, wie viele Menschen in diesen Ländern wirklich den rosigen Blick auf die Europäische Union haben. Hier geht es außerdem nicht um britische Eigenbrötlerei. Wir sind sehr pragmatische, bodenständige, sensible Leute. Wenn jemand den großen Wurf vorschlägt, mahnen wir immer: Moment mal, warum brauchen wir das? Macht das Sinn? Wir sind im besten Sinne skeptisch. (...) Wir sind immens positiv für Europa.

SZ: Die Wahrnehmung ist unterschiedlich – anderswo gilt das als Rosinenpickerei.

DC: Das akzeptiere ich nicht. Erstens möchte ich einen Wandel, von dem ganz Europa profitieren kann. Und zweitens geht es nicht um Rosinenpickerei, sondern um Flexibilität. Wer sagt, dass es kein flexibles Europa geben kann, der liegt falsch. Großbritannien ist nicht im Euro und wird ihm nicht beitreten. Schweden, Polen und andere Staaten sind nicht im Euro. Für viele gibt es dieses Mantra: Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Entschuldigung – das ist er nicht. Er ist die Währung eines Teils der Europäischen Union. Großbritannien hat die »Opt-out-Klausel«, wir müssen dem Euro also nicht beitreten. Wir gehören dem Schengenraum nicht an. Frankreich war jahrelang nicht Vollmitglied der Nato. Manche Länder führen eine meiner Meinung nach falsche Finanztransaktionssteuer ein. Wir haben also bereits ein flexibles Europa. Wenn Europa wächst, wird es noch mehr Anlass zu Flexibilität geben. (...)

© David Cameron: Wir sind eine wichtige europäische Macht, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013, S. 7, Interview mit Stefan Kornelius

M 6 SWP-Analyse: »Europa light« für Großbritannien?

Da auch Cameron weiß, wie wichtig die Union wirtschaftlich für Großbritannien ist, hat er sich klar für dessen Verbleib in der EU ausgesprochen. Noch ungewöhnlicher, er hat die Mitwirkung in der Union deutlich wie selten als bessere Alternative gegenüber einem Außenseiterstatus nach dem Schweizer oder Norweger Modell gepriesen. Aber: Cameron will für Großbritannien einen loseren Mitgliedschaftsstatus in der EU aushandeln. Sein Land soll neben dem Binnenmarkt nur an einzelnen Bestimmungen teilnehmen und vom Pfad der »immer engeren Union« endgültig abgekoppelt werden. Um dieses Ziel auch gegen den Widerstand seiner Partner durchzusetzen, will er das Austrittsreferendum auf EU-Ebene gleichsam als Drohmittel nutzen. Drei Motive stehen dabei im Vordergrund: Erstens will Cameron die wirtschaftliche Integration im Sinne einer Stärkung des Freihandels vorantreiben. Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den USA, Japan oder Indien sollen forciert und der Binnenmarkt im Bereich der Dienstleistungen, der Energie oder digitaler Güter vollendet werden. Zweitens will er erreichen, dass EU-Kompetenzen wieder auf die nationale Ebene zurückgeholt werden, wenn nötig in Form von neuen Opt-outs für Großbritannien. Welche Bereiche »repatriert« werden sollen, hat die britische Regierung jedoch bislang noch nicht konkret benannt. Doch kursieren in London bereits Wunschlisten. Ziel ist vor allem die Sozialpolitik. Die Arbeitszeitrichtlinie etwa ist für die Tories immer wieder ein beliebtes Beispiel, um europäische Überregulierung darzustellen. Aber auch die Bereiche Finanzmarktregulierung, Umwelt und Energiepolitik stehen auf den Repatriierungsagenda. Letztlich sollen laut Cameron – mit Ausnahme der vier Freiheiten des Binnenmarkts – alle Kompetenzen der EU zur Debatte stehen. Nicht zuletzt fordert der britische Premier, dass die EU nach dem Prinzip der Flexibilität umgestaltet wird. Bereits in der Schuldenkrise beschloss Großbritannien unter seiner Führung, an allen Formen einer engeren Integration der Eurostaaten nicht teilzunehmen. Nach dem Willen Camerons soll der Grundsatz verankert werden, dass Großbritannien (und andere Staaten) der Vertiefung rund um die Eurozone dauerhaft fernbleiben können. Im Zentrum der britischen Mitgliedschaft soll vielmehr der Binnenmarkt stehen. Zum Schutz ebendieses unabhängigen Status im Binnenmarkt will der Premier zudem einen Absicherungsmechanismus etablieren, dank dessen die Nicht-Eurostaaten ihre Interessen gegenüber den enger integrierten Euro-Strukturen im gemeinsamen Markt durchsetzen können. Im Kern will Cameron also schon vor der Befragung seiner Landsleute einen neuen Status für Großbritannien erreichen, bei dem das Land zwar weiterhin über den Binnenmarkt mitbestimmt und den Zugang dazu genießt, aber von Regelungen im Sozial-, Umwelt- und Finanzbereich befreit ist. Im Tausch dafür will er der Eurozone den Weg zu Vertragsänderungen für eine engere Integration freimachen. Großbritannien würde sich so aus eigenem Willen in einen dritten Rang der europäischen Integration begeben.

© Nicolai von Ondarza: Rote Linien und eine ausgestreckte Hand, in: SWP-Aktuell 12, Februar 2013, S. 2-3, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin



M 7 »Britischer Humor«

© Burkhard Mohr, 23.1.2013

M 8 FAZ: Neue Bündnispartner für Großbritannien?

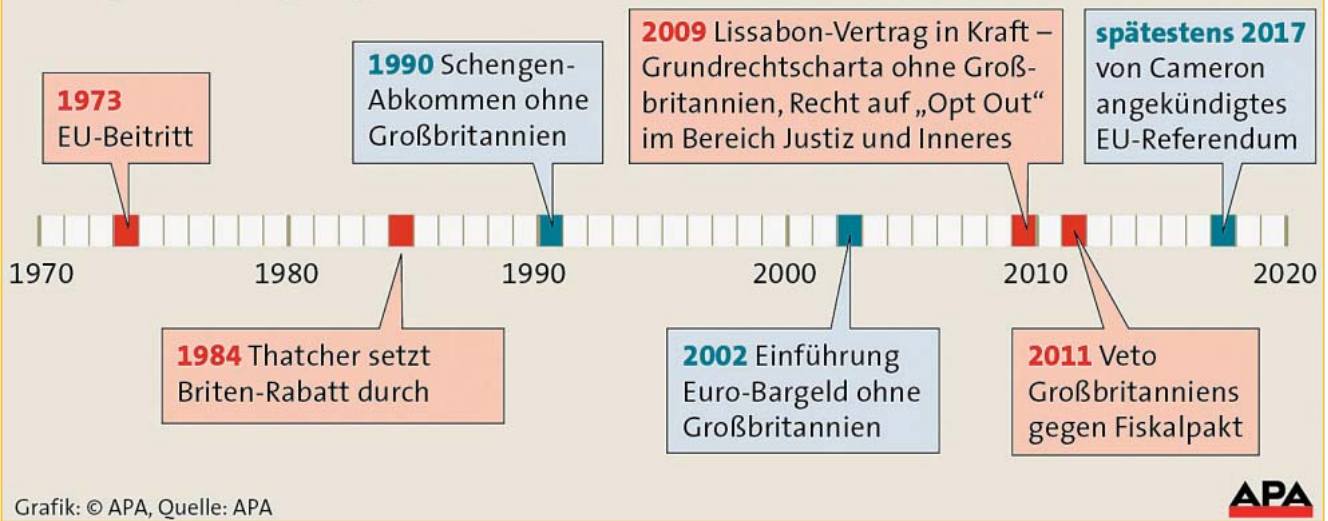
Die britische Regierung plant offenbar, schon im Herbst [2013] eine Reformdebatte in der Europäischen Union anzustoßen. In den Mittelpunkt würden die Sozialleistungen für EU-Ausländer gerückt, über die wieder von nationalen Regierungen entschieden werden müsste, berichtete die Zeitung »Times« mit Verweis auf Regierungskreise. Das Kabinett von Premierminister David Cameron beschleunige seine Pläne, seit es aus Berlin Signale der Zustimmung empfangen habe, hieß es in dem Bericht weiter. Abermals wurde eine Passage aus einem Fernsehinterview von Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert, in der sie über eine Rückverlagerung von EU-Befugnissen an die Nationalstaaten nachdenkt. London kündigt schon seit geraumer Zeit an, in Brüssel über eine Neuverteilung der Kompetenzen verhandeln zu wollen. Bisher waren sowohl der Zeitrahmen als auch die Hauptthemen vage geblieben. Die Sozialleistungen für Einwanderer aus anderen EU-Staaten werden im Vereinigten Königreich seit langem kritisch diskutiert. Seit britische Behörden EU-Ausländern Sozialleistungen vorenthalten haben, streitet sich die Europäische Kommission mit London vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. »Die ursprüngliche Interpretation der EU-Verordnung wurde bewusst vage gehalten, um den Mitgliedstaaten Entscheidungen zu ermöglichen – jetzt versucht die Europäische Kommission, eine Interpretation zu oktroyieren, mit der wir nicht einverstanden sind«, sagte ein ranghoher Tory der »Times«. Man wolle Brüssel diese Kompetenz »wegnehmen« und mache dabei Fortschritte. Arbeitsminister Ian Duncan Smith reiste unlängst nach Berlin (...). In (einem) Interview hatte Merkel unter anderem gesagt: »Mehr Europa ist mehr als nur die Verlagerung einer Kompetenz vom Nationalstaat nach Europa«, und »Wir können auch überlegen: Geben wir wieder einmal etwas zurück?« In Berlin wurde mit Erstaunen registriert, dass diese Äußerungen der Kanzlerin als Schützenhilfe für die Bestrebungen der britischen Regierung gewertet wurden, Kompetenzen aus Brüssel zurück in die Nationalstaaten zu verlagern. Es hieß im Kanzleramt, die Äußerungen Merkels über freiwillige Koordinierungen einzelner Mitgliedsländer und über die Möglichkeit, Zuständigkeiten wieder aus europäischen Instanzen an die Nationalstaaten zurückzugeben, stellten keine neue Position dar.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung, London treibt EU-Debatte voran, 17.8.2013, S. 5

Großbritannien – Mit einem Fuß außerhalb der EU



Wichtigste Sonderregelungen



M 10 Großbritanniens Sonderrolle in der EU

© APA

M 9 William E. Paterson: Decline of European Solidarity?

Political communities rely on solidarity and over a number of decades the EU demonstrated a considerable degree of solidarity alongside national preferences. (...) It will not be my purpose to suggest that solidarity has disappeared but that it has declined. What is not clear is whether this decline is irreversible. At least within the Eurozone, if not in the wider EU, there are significant pressures for solidarity alongside others pointing towards fragmentation (...). Let me suggest six systemic reasons for the decline in solidarity.

1. (...) Attachment to the European idea has survived better among elites than mass public but it has suffered considerable erosion even among political elites (...).
2. Deeper European integration has changed the external/domestic balance and by domestication I understand the more obvious politicization of EU issues and the empowerment of domestic actors in national decision making. This domestication tends to weaken the solidarity and privilege the sovereignty reflex.
3. The enlargement of the EU has also tended to weaken the solidarity impetus (...)
4. Solidarity rests on the idea of shared identity of “we-feelingness.” At its height in the original “founding six” construction this perception has been weakened by successive enlargements.
5. Those who thought the EU would defend the solidarity of the European peoples in the face of globalisation have been greatly disappointed.
6. Finally, the Eurozone crisis has dealt a huge blow to solidarity. It has divided the creditor nations from the debtor nations (...)

© William E. Paterson 2013: Solidarity versus Sovereignty. The British View, in: Klaus Brummer/Heinrich Pehle (Hrsg.): Analysen nationaler und supranationaler Politik. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto, S. 225–226

M 11 Interview mit Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, Esslinger Zeitung vom 24.1.2013

Esslinger Zeitung: Der britische Premier David Cameron droht mit einer Volksabstimmung über einen EU-Austritt seines Landes, sollte sich Europa nicht grundlegend reformieren. Wären Sie traurig über eine Europäische Union ohne Großbritannien?

Schulz: Großbritannien gehört zu Europa und es hat historisch, politisch und kulturell wichtige Impulse für unseren Kontinent gegeben. Deshalb sehe ich Großbritanniens Platz in der EU und nicht außerhalb. Aber das müssen die Briten letztlich selbst entscheiden. Fakt ist, dass David Cameron sein derzeitiges Manöver veranstaltet, weil er die Anti-Europäer in seiner Partei ruhigstellen will. Aber das ist eine gefährliche Taktik, die am Ende dem Land mehr schaden als nützen kann. Denn Großbritannien als Nicht-Euro-Land, das sich aus wesentlichen Integrationsbereichen der EU heraushält, hat große wirtschaftliche Probleme und eine hohe Arbeitslosigkeit.

EZ: Cameron warnt vor Denkverboten, fordert weniger Kompetenzen für Brüssel und mehr für die Mitgliedstaaten – was spricht eigentlich dagegen?

Schulz: In der EU muss der Grundsatz gelten, dass in Brüssel nur das gemacht wird, was die Nationalstaaten und die Regionen nicht besser können. Dabei gibt es keine Denkverbote. Ich wehre mich beispielsweise schon immer dagegen, dass manche in der EU-Kommission gegen das deutsche Sparkassenmodell arbeiten. Aber genauso richtig ist, dass wir im 21. Jahrhundert als Kontinent keine Chance haben werden, wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen. Nur wenn wir in Europa eng beieinander bleiben, werden wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit im Wettbewerb mit anderen aufstrebenden Weltregionen verteidigen können. Das, was Cameron vorschlägt, würde Europa in die Bedeutungslosigkeit führen.

© Martin Schulz, Interview: Großbritannien gehört zu Europa. Esslinger Zeitung vom 24.1.2013, S. 3